

Länder

Jihadisten und Oligarchen

Von Harry Tuttle | 30. Juni 2014

Die Islamisten, die im Norden Nigerias mehr als 200 Schülerinnen entführt haben, werden von den Herrschern der Region unterstützt.

Die Islamisten, die im Norden Nigerias mehr als 200 Schülerinnen entführt haben, werden von den Herrschern der Region unterstützt.

Ich habe eure Töchter entführt. Ich werde sie auf dem Markt verkaufen, so Gott will“, hatte Abubakar Shekau, Anführer der nord-nigerianischen Boko Haram, Anfang Mai 2014 gedroht. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits drei Wochen seit der Entführung von 276 überwiegend christlichen Schülerinnen aus der Stadt Chibok vergangen, ohne dass Anstrengungen der Regierung zur Befreiung der Geiseln erkennbar gewesen wären. Vielmehr konnte Boko Haram unbehelligt weiter morden, beim Angriff auf die Stadt Gamburo wurden am 7. Mai mehr als 300 Menschen getötet. Erst Mitte Mai stießen die Jihadisten auf Widerstand, ihr Angriff auf mehrere Dörfer im Distrikt Kala-Balge wurde zurückgeschlagen – von örtlichen Selbstverteidigungsmilizen.

Abubakar Shekau will nun einen Teil der Geiseln gegen Gefangene aus seiner Organisation austauschen. Dies bekundete er in einem Video, in dem 136 Mädchen vorgeführt wurden. Etwa 40 Schülerinnen soll die Flucht gelungen sein. Austauschen will Shekau nur die nicht zum Islam „übergetretenen“ Mädchen. Offenbar hat es Zwangsbekehrungen, möglicherweise auch schon Zwangsheiraten gegeben; und es ist nicht sicher, dass alle Geiseln noch leben.

In Nigeria wird nun täglich gegen die Unfähigkeit der Regierung unter Präsident Goodluck Jonathan protestiert. „Bring back our girls“¹ ist die wichtigste Parole, die auch von einer globalen Solidaritätskampagne aufgenommen wurde. Bezeichnend für die Lage in Nigeria ist die Drohung „No rescue, no vote“². Formal ist das Land seit dem Ende der Militärherrschaft 1999 eine Demokratie. Doch wird die Stimmabgabe nicht als Wahl gesehen, sondern als Belohnung für den Politiker, der sich im Amt bereichern kann. Dafür wird eine Gegenleistung erwartet. Nun drohen Protestierende mit dem Wahlboykott, falls die Regierung nicht endlich wirksame Maßnahmen zur Rettung der Schülerinnen ergreift.

Unerwünschte Bildung

Obwohl die Regierung nun auf die Militärhilfe der USA, Chinas und anderer Staaten zurückgreifen kann, ist fraglich, ob dies gelingen kann. Boko Haram steht in der Hausa-Sprache für „westliche Bildung ist verboten“, offiziell heißt die Organisation „Vereinigung der Anhänger der Überlieferung des Propheten und des Jihad“. 2002 gegründet, lehnt sie neben „westlicher“ (gemeint ist damit alles, was der reaktionärsten Auslegung des sunnitischen Islam widerspricht) Bildung auch Impfungen ab und bekämpft sowohl die

christliche Minderheit im Norden als auch ihren Geboten nicht folgende MuslimInnen.

Weniger Probleme haben die Jihadisten mit der Akzeptanz westlicher Fahrzeuge und Waffen. Sie sind besser ausgerüstet als die meisten Einheiten der nigerianischen Armee.

Wie die Taliban, die von der pakistanischen Oligarchie unterstützt werden, hat auch Boko Haram mächtige Hintermänner. Nigeria, mittlerweile die größte Nationalökonomie Afrikas, wird von einer Oligarchie untereinander konkurrierender Generäle, Politiker, Industrieller, Bankiers, Großgrundbesitzer und hoher Bürokraten regiert, deren ökonomische Basis der Ölexport ist. Im schwächer entwickelten Norden, wo die Mehrheit der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag lebt, herrschen neofeudale Verhältnisse.

Die dortigen Oligarchen haben die Sharia eingeführt, um größere Kontrolle über die Bevölkerung zu gewinnen und ihre Eigenständigkeit gegenüber der Zentralregierung zu demonstrieren. Sie sehen Bildung für die Landbevölkerung und die städtischen Armen als Gefahr. Doch auch vielen armen Patriarchen ist der Gedanke unerträglich, dass ihre Töchter eines Tages gebildeter sein werden als sie selbst und sich ökonomisch unabhängig machen könnten. Fast drei Viertel der nord-nigerianischen Mädchen werden verheiratet, bevor sie die Volljährigkeit erreicht haben.

Kommt der „nigerianische Frühling“?

Boko Haram profitiert von diesen gesellschaftlichen Verhältnissen und der Unterstützung aus der Oligarchie, erweist sich ebenso wie die Taliban aber als nicht kontrollierbar. Bislang fand der Terror im Norden trotz Tausender Toter keine internationale Beachtung. Dass Nigeria nun ausgerechnet während einer Tagung des Weltwirtschaftsforums in der Hauptstadt Abuja, bei der das Land als moderne Wirtschaftsmacht präsentiert werden sollte, durch islamistischen Terror in die Schlagzeilen gerät, dürfte der Oligarchie ungelegen kommen. Doch die Regierungen und Investoren des Westens und Chinas beklagen sich zwar zuweilen über Unsicherheit und Korruption, gedenken aber nicht, das Bündnis mit einer Oligarchie zu lösen, die ihnen gute Profite verschafft.

Obwohl der Jihadismus nicht ohne Gewaltanwendung bekämpft werden kann, muss die Lösung politisch sein. Die Demokratiebewegung ist in Nigeria bislang weniger einflussreich als in vielen anderen westafrikanischen Staaten; meist gelang es der Oligarchie, Konflikte zu ethnisieren und Protestbewegungen durch Korruption und Gewalt zu neutralisieren. Die derzeitigen Proteste zeigen, wie groß der Abscheu vor der Oligarchie geworden ist; noch aber ist unklar, ob die neue Bewegung stark genug werden wird, um die Machtverhältnisse zu ändern.

1 „Bringt unsere Mädchen zurück.“

2 „Keine Rettung, keine Stimme.“

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 30. Juni 2014
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).